

BÜCHER

Ursachen und Folgen des Strukturwandels zugunsten des tertiären Sektors

Rezension von: Henning Klodt, Rainer Maurer, Axel Schimmelpfennig, Tertiärisierung in der deutschen Wirtschaft, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1997, 271 Seiten, öS 715,-; Hermann Schnabl (Hrsg.), Innovation und Arbeit, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1997, 271 Seiten, öS 934,-; Jörg Flecker (Hrsg.), Jenseits der Sachzwanglogik. Arbeitspolitik zwischen Anpassungsdruck und Gestaltungschancen, Edition Sigma, Berlin 1997, 271 Seiten, öS 263,-; Walter Fremuth (Hrsg.), Wirtschaft und öffentliches Interesse. Neue Wege aus einem alten Konflikt, Verlag MANZ, Wien 1998, 188 Seiten, öS 560,-.

Die in diesem Beitrag besprochenen vier Bücher befassen sich aus ganz verschiedenen Perspektiven und in unterschiedlicher Intensität mit den Entwicklungen im Dienstleistungssektor insgesamt oder in Teilbereichen desselben.

In den letzten Jahrzehnten stieg in allen hochentwickelten Volkswirtschaften der Anteil des Dienstleistungssektors an der nominellen Wertschöpfung, verteuerten sich die Dienstleistungen relativ zu den Sachgütern und nahm die Beschäftigung im tertiären Sektor erheblich zu, so daß sich dessen Anteil an der Gesamtbeschäftigung deutlich erhöhte.

Mit dem Band 'Tertiärisierung in der deutschen Wirtschaft' legen drei Wirtschaftsforscher vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, H. Klodt, R. Maurer und A. Schimmelpfennig, eine breit angelegte Untersuchung des Strukturwandels zugunsten des Dienstleistungssektors in Westdeutschland vor. Die darin präsentierten Daten reichen zum Teil bis in die sechziger Jahre zurück.

1. Einleitung

Die hohe Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig das schwerwiegendste wirtschafts- und sozialpolitische Problem in Europa. Deren Bekämpfung erfordert die ausreichende Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Diese werden vorwiegend im Dienstleistungssektor liegen.

Damit wird das Augenmerk verstärkt auf den Strukturwandel zugunsten des tertiären Sektors und die Ursachen desselben gelenkt. Chancen und Hindernisse für Beschäftigungszuwächse in den Dienstleistungsbranchen rücken in den Mittelpunkt der beschäftigungspolitischen Diskussion.

2. Wertschöpfung

Der Anteil des Dienstleistungssektors an der nominellen Wertschöpfung erhöhte sich in Westdeutschland von 53,7% im Jahre 1980 auf 64,5% 1994. Trotz der überdurchschnittlichen Anteilsgewinne des tertiären Sektors in den vergangenen Jahren weisen Westdeutschland und einige andere europäische Länder - darunter auch Österreich - demnach einen Tertiärisierungsgrad auf, der geringer ist, als es aufgrund ihres Pro-Kopf-Einkommens zu erwarten wäre.

Zu konstanten Preisen nahm der Anteil des Dienstleistungssektors an der

Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche in Westdeutschland zwischen 1982 und 1994 mit jahresdurchschnittlich rund 0,7 Prozentpunkten nur geringfügig schwächer zu als in laufenden Preisen.

Mit Recht weisen die Autoren im Zusammenhang mit internationalen Vergleichen der sektoralen Anteile darauf hin, daß eine Begründung dafür, weshalb Länder mit ähnlichem gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsniveau gleiche Tertiärisierungsgrade aufweisen sollten, fehlt. „So wie sich Länder in der industriellen Arbeitsteilung auf unterschiedliche Branchen spezialisieren, mag es auch unterschiedliche komparative Vor- und Nachteile zwischen Ländern bei der Dienstleistungsproduktion geben.“ (S. 16).

3. Veränderung der Arbeitsproduktivität

Die Faktoren, welche die Richtung und das Ausmaß der Verschiebungen in der sektoralen und branchenmäßigen Beschäftigungsstruktur bestimmen, sind vor allem die unterschiedlichen Änderungsraten der Produktivität und der Wandel in der Nachfragestruktur der privaten Haushalte sowie der Unternehmungen.

Was den Fortschritt der Arbeitsproduktivität betrifft, so war dieser in den meisten OECD-Ländern in der Sachgüterproduktion deutlich stärker als im Dienstleistungssektor. Die westdeutsche Wirtschaft nahm hier eine Sonderstellung ein, denn die Arbeitsproduktivität (=Bruttowertschöpfung zu konstanten Preisen je Erwerbstätigen) stieg dort im Zeitraum 1982 bis 1994 im Dienstleistungssektor mit 1,86% p.a. gleich schnell wie im Verarbeitenden Gewerbe (1,85%).

Ein wesentlicher Erklärungsfaktor für diese Parallelität des Produktivitätsfortschritts ist darin zu sehen, daß die Kapitalintensität in der Industrie seit Mitte

der achtziger Jahre nicht mehr rascher steigt als im tertiären Sektor: Im Verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands erhöhte sich die Kapitalintensität (=Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen) zwischen 1975 und 1994 um jahresdurchschnittliche 2,33%, im tertiären Sektor um 2,21%.

Auch in diesem Zusammenhang ist die starke Heterogenität des Dienstleistungssektors zu berücksichtigen. Die Innovationen in den Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) ermöglichen insbesondere im Bereich der sog. 'ungebundenen' Dienstleistungen, deren Erbringung keinen unmittelbaren persönlichen Kontakt zwischen Produzenten und Konsumenten erfordert, einen sehr raschen Produktivitätsfortschritt. Bei den sog. 'gebundenen' Dienstleistungen hingegen, welche die gleichzeitige Anwesenheit von Produzenten und Konsumenten an einem Ort voraussetzen, sind die Möglichkeiten zur Anhebung der Arbeitsproduktivität stark beschränkt.

Das Ausmaß des Produktivitätsfortschritts im Gesamtsektor hängt somit vor allem davon ab, welches Gewicht die gebundenen und die ungebundenen Dienstleistungen haben und wie sich diese Anteile verschieben. Das vergleichsweise hohe Produktivitätswachstum im tertiären Sektor Westdeutschlands erklärt sich aus den besonders starken Anteilsverschiebungen zugunsten der ungebundenen Dienstleistungen.

4. Konsumnachfrage

Das Konsumverhalten der privaten Haushalte leistete einen - in Relation zur intermediären Nachfragekomponente (siehe unten) - kleinen Beitrag zur Tertiärisierung der westdeutschen Wirtschaft.

Der Anteil der Dienstleistungen (ohne Handel und Wohnungsvermie-

tung) an den Käufen der privaten Haushalte stieg zu laufenden Preisen kräftig, nämlich von 19,2% im Jahre 1970 auf 28,5% 1995, zu konstanten Preisen (von 1991) deutlich abgeschwächt, nämlich von 17,4% im Jahre 1980 auf 19,0% 1995 (S. 40). Daraus kann geschlossen werden, daß sich die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Dienstleistungen für die Gesamtheit der privaten Haushalte über eins liegt.

Gundlach (1) ermittelte, daß dafür nicht eine einkommenselastische Dienstleistungsnachfrage homogener Haushaltsgruppen ausschlaggebend ist, sondern vor allem Veränderungen in der Struktur der privaten Haushalte: Im Zeitablauf gewannen jene Haushalte (solche mit erwerbstätigen Frauen, Einpersonenhaushalte u.a.) an Gewicht, die überproportional Dienstleistungen nachfragen.

5. Vorleistungsnachfrage

Zwar ist auch bei der Endnachfrage eine gewisse Strukturverlagerung zu verzeichnen, aber insgesamt kann der sektorale Strukturwandel zugunsten des tertiären Sektors in Westdeutschland „nahezu vollständig auf Veränderungen in der Vorleistungsnachfrage zurückgeführt werden.“ (S. 46) Zur Zunahme der Vorleistungsnachfrage nach Dienstleistungen trug der sekundäre Sektor rund ein Drittel und der tertiäre Sektor rund zwei Drittel bei. Die Intensivierung der Arbeitsteilung innerhalb des Dienstleistungssektors war somit der wichtigste Grund für die Tertiärisierung der Gesamtnachfrage. (2)

Der Anstieg der Nachfrage nach Dienstleistungen von seiten der Unternehmungen spiegelt vor allem eine erhöhte Dienstleistungsintensität der Produktion in der gesamten Volkswirtschaft wider (Innovationshypothese) und ging nur zu einem geringen Teil auf die Auslagerung ehemals selbsterstellter Dien-

ste aus dem industriellen Sektor (Externalisierungshypothese) zurück.

Wäre das Auslagerungsmotiv die Ursache für den sektoralen Strukturwandel, so müßte der Anteil der tertiären Tätigkeiten in der Industrie zurückgehen. Dies war jedoch im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands nicht der Fall (3); ihr Anteil erhöhte sich im Gegenteil von 41,7% im Durchschnitt der Jahre 1984-89 auf 44,5% 1990-95 (S. 177).

6. Tertiärisierung der Beschäftigung

Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nahm in Westdeutschland laut Statistischem Bundesamt von 48,2% im Jahre 1976 auf 61,0% 1995 zu.

Die höchsten Zuwachsraten der Beschäftigung verzeichneten zwischen 1970 und 1992 der Bereich der 'anderen Dienstleistungen' (das sind v.a. Wirtschaftsdienste), das Kredit- und Versicherungsgewerbe, die Öffentlichen Dienste und der Bereich Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe. Die geringste prozentuelle Zunahme im westdeutschen Dienstleistungssektor hatte der Bereich Verkehr und Kommunikation (S. 15).

An dieser Stelle ist auf ein Manko des besprochenen Bandes hinzuweisen, das angesichts der sonst dargebotenen Fülle an Daten besonders überrascht: Das Buch enthält keine einzige Tabelle über die Beschäftigtenstände in den einzelnen Branchen des westdeutschen Dienstleistungssektors im Beobachtungszeitraum, ganz zu schweigen von einer weiteren Differenzierung nach Selbständigen/Unselbständigen, Geschlecht, Arbeiter-/Angestelltenstatus, Vollzeit-/Teilzeit-/geringfügig Beschäftigten usw.

7. Berufsstruktur

Die an der Berufsstruktur gemessene Tertiärisierung (Anteil der in Dienstleistungsberufen tätigen Personen) ist wesentlich weiter vorangeschritten als die an der Erwerbstätigkeitsstruktur gemessene Tertiärisierung: Der Anteil jener Erwerbstätigen, die einen tertiären Beruf ausüben, betrug in Westdeutschland 1976 bereits 58,8% und stieg bis 1995 auf 67,1% (S. 52).

8. Tätigkeitsstruktur

Aus dem Sozio-oekonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung können Daten über die Verschiebungen in der Tätigkeitsstruktur der Gesamtheit der Erwerbstätigen gewonnen werden. Demgemäß erhöhte sich der Anteil jener Erwerbstätigen, die eine tertiäre Tätigkeit ausüben, in der westdeutschen Wirtschaft von 64,5% im Jahre 1984 auf 73,4% 1995, wobei Teilzeitbeschäftigte mit dem Faktor 0,5 gewichtet wurden (S. 170).

Dieser Tertiärisierungsindikator zeigt im übrigen, daß von einer erheblichen 'Dienstleistungslücke' zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Westdeutschland andererseits nicht (mehr) gesprochen werden kann. Unter korrekter Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigten war der Vorsprung der USA in bezug auf den Anteil tertiärer Tätigkeiten Anfang der neunziger Jahre nur noch sehr gering.

Zum Wandel der intersektoralen Tätigkeitsstruktur in der westdeutschen Wirtschaft hinzu traten beträchtliche Verschiebungen innerhalb des Dienstleistungssektors. Die Zahl der Erwerbstätigen in transport- und handelsbezogenen Tätigkeiten ist seit Ende der achtziger Jahre sogar absolut rückläufig, während die auf produktionsnahe und öffentliche Dienste ausgerichteten Tätigkeiten und vor allem die kommu-

nikationsbezogenen Tätigkeiten besonders rasch expandierten.

9. Qualifikationsstruktur

In allen OECD-Ländern läßt sich ein Trend zur höherer Qualifikation der Beschäftigten feststellen (S. 179). Die Ursachen hierfür liegen vor allem auf der Nachfrageseite: Empirische Studien zeigen, daß die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften schneller gestiegen ist als das entsprechende Angebot.

Die Veränderung der Arbeitsnachfrage läßt sich in einen Brancheneffekt, in einen Berufseffekt und einen Qualifikationseffekt aufgliedern. Eine Untersuchung für Österreich im Zeitraum 1981 bis 1991 zeigt, daß der Wandel der qualifikatorischen Struktur der Beschäftigung nur zu rund einem Fünftel auf Verschiebungen in der Branchenstruktur (Brancheneffekt) und zu etwa einem Zehntel auf Veränderungen der Berufsstruktur innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche (Berufseffekt) zurückgeht, aber zu mehr als zwei Drittel auf Veränderungen der Qualifikationsanteile innerhalb der einzelnen Berufsabteilungen (Qualifikationseffekt). (4)

10. Auswirkungen der modernen IKT

Von besonderer Bedeutung für den Dienstleistungssektor ist die Anwendung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken. Informationen als wichtigste Inputs in vielen Dienstleistungsbereichen werden immer billiger und leichter verfügbar und daher auch intensiver genutzt. Die sich herausbildenden neuen Produktionsstrukturen sind weiters gekennzeichnet durch hochgradige zwischenbetriebliche, intersektorale und internationale Verflechtung und Vernetzung sowie neue Formen der Unternehmensorganisation. Auf der Grundlage der IKT erfolgen vielfältige Produktinnovationen,

wodurch neue Märkte entstehen. Die Produktdifferenzierung schreitet rasch voran; nachgefragt werden in steigendem Maße Bündel aus Sachgütern und Dienstleistungen, welche Systemlösungen darstellen. Aus diesem Grund wird die traditionelle Abgrenzung zwischen Sachgüterproduktion und Dienstleistungssektor immer unschärfer.

Mit der Ausbreitung vernetzter Produktionsstrukturen verschieben sich auch die Schwerpunkte in der Diskussion um die Regulierung der Dienstleistungsbranchen. Der Aufbau von neuen Kabelnetzen, Funknetzen etc. stellt an die Ordnungspolitik neue Anforderungen. In diesem Zusammenhang geht es vor allem darum, ob und wie der Staat den Übergang zu vernetzten Produktionsstrukturen durch geeignete Regulierungsmaßnahmen unterstützen kann.

Der Übergang zu den neuen, vernetzten Produktionsstrukturen verläuft nämlich selbstverständlich nicht friktionslos. Zum einen benötigt die Diffusion neuer Techniken Zeit: Sie erfolgt schrittweise in dem Maße, wie Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen fällig werden. Zum anderen setzt die Verwendung bestimmter Techniken und damit verbundener Organisationsformen die Einhaltung bestimmter Standards voraus, die sich nur nach und nach etablieren lassen. „Solange die meisten Produzenten noch in hierarchischen Strukturen verharren, kann es beispielsweise für netzorientierte Produzenten schwierig sein, in hinreichendem Maße geeignete Kooperationspartner zu finden ...“ (S. 214)

Der zunehmende Einsatz der modernen IKT steht auch in hohem Maße hinter den im Abschnitt 9 angeführten Branchen-, Berufs- und Qualifikationseffekten auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten. Vor allem aus zwei Gründen führt die IKT-Anwendung zu erhöhten Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten in den hochentwickelten Volkswirtschaften:

Erstens ermöglichen die neuen IKT die verstärkte Anwendung modularer Produktionsverfahren. Dies gestattet die Auslagerung jener Module, die eher geringe Qualifikationen erfordern, an Niedriglohnstandorte, während in Hochlohnstandorten wie Deutschland oder Österreich nur die Produktionsmodule mit hohen Qualifikationsanforderungen zurückbleiben. Somit kommt es hierzulande zu einem Rückgang der Nachfrage nach niedrigqualifizierter Arbeit und zu einem Anstieg der Nachfrage nach hochqualifizierter Arbeit. In der Folge sinkt die Komplementaritätsrente, welche geringqualifizierte Arbeitskräfte in Westeuropa bislang erzielen konnten (S. 77)

Zweitens bewirkt der Einsatz automatisierter Produktionsanlagen, die auf den modernen IKT beruhen, eine zunehmende Substitution einfacher Arbeit durch Sachkapital. Für den Dienstleistungssektor bedeutet dies, daß vor allem in den Bereichen Verwaltung, Handel und Transport Arbeitsplätze für Niedrigqualifizierte verlorengehen. Gleichzeitig steigt auch in diesen Bereichen die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften.

Das Problem ist, daß sich die Technik rascher ändert als das Humankapital. Das Grünbuch der EU zur Informationsgesellschaft (5) geht davon aus, daß im Durchschnitt alljährlich zehn Prozent oder etwas mehr aller Arbeitsplätze verschwinden und durch andere Arbeitsplätze in neuen Produktions- bzw. Dienstleistungsbereichen oder in neuen Unternehmungen ersetzt werden, die in der Regel andere, höhere und breitere Qualifikationsanforderungen stellen. Der natürliche Abgang aus bzw. Zugang in die Erwerbstätigkeit beträgt aber jährlich nur zwei bis drei Prozent der Gesamtbeschäftigung. Also selbst unter der Annahme, daß alle Neuzugänge über das erforderliche IKT-spezifische Wissen verfügen, ist der natürliche Umschlag völlig unzurei-

chend für die Anpassung des Humankapitals. Daraus ergibt sich die entscheidende Funktion der beruflichen Weiterbildung der in Beschäftigung stehenden Arbeitskräfte. Bislang reichten auch der natürliche Zugang und die Reichweite der Weiterbildungsmaßnahmen gemeinsam nicht aus für die Anpassung des Humankapitals an den technischen Fortschritt, den Wandel der Tätigkeits- und der Branchenstruktur.

Der von Jörg Flecker herausgegebene Sammelband zum Thema Arbeitspolitik enthält zwei Artikel, die sich mit dem Zusammenhang zwischen modernen IKT und Dienstleistungsbeschäftigung befassen.

In einem Kurzbeitrag kommentiert Gerd Schienstock die Diskussion über die möglichen Beschäftigungseffekte der entstehenden Informationsgesellschaft. Die Optimisten, die erwarten, daß letztere einen drastischen Abbau der Arbeitslosigkeit bewirken werde, setzen zum einen auf neue Produkte und Dienstleistungen, zum anderen auf den (längerfristig) kaufkraftsteigernden Effekt von Kostensenkungen aufgrund von Prozeßinnovationen. „Die neuen Informations- und Computertechnologien, so die Argumentation, bilden die Grundlage für einen neuen Wachstumszyklus.“ (S. 201)

Schienstock steht dieser optimistischen Einschätzung skeptisch gegenüber. Die intelligenten Produkte und Dienstleistungen, die einen dauerhaften Massenbedarf auslösen könnten, ließen auf sich warten. Und ob längerfristig Kosteneinsparungen und etwaige Bedarfsausweitungen unter den Bedingungen eines verschärften internationalen Wettbewerbs in Europa zu neuen Arbeitsplätzen führen werden, sei gegenwärtig noch völlig ungewiß.

Handlungsbedarf bestehe jedenfalls, denn: „Konkrete soziale Praktiken des Gebrauchs neuer Informations- und Computertechnologien entscheiden darüber, ob die Informationsgesell-

schaft Beschäftigung entstehen läßt oder abbaut.“ (S. 202)

Thomas Riesenecker-Caba und Christian Stary setzen sich in ihrer Branchenstudie mit den Folgen systemischer Rationalisierung für die Transport- und Lagerarbeit auseinander. Sie gelangen zu der Schlußfolgerung, daß es im Gütertransportwesen zu einer stärkeren Integration von Funktionen und Abläufen bei gleichzeitig zunehmender Spezialisierung der Betriebe und Unternehmenseinheiten kommt. Die Arbeitsfolgen der auf das System der Transportketten abzielenden und damit zwischen- und überbetrieblich ansetzenden Rationalisierung sind differenziert, weil gleiche Funktionstypen an unterschiedlichen Stellen und in den verschiedenen Transportketten unterschiedliche Entwicklungstrends zeigen. (Im übrigen umfaßt dieser inhaltlich eher heterogene Sammelband auch drei ausgezeichnete Beiträge zum Thema Internationalisierung und Wandel von Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen.)

11. Der Wandel der österreichischen Beschäftigtenstruktur in den achtziger Jahren

Der von H. Schnabl herausgegebene Sammelband 'Innovation und Arbeit' umfaßt ein Dutzend Beiträge, die sich im weiteren Sinne mit dem Thema technischer Wandel und Beschäftigung befassen. Für an Fragen des Strukturwandels Interessierte sind insbesondere drei Artikel hervorzuheben:

P. Bleses und C. Stahmer beschreiben und analysieren mit amtlichen Ergebnissen der Input-Output-Rechnungen 1960 und 1990 den Strukturwandel des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland. Th. Siebe nimmt unter Vorgabe von plausiblen Rahmendaten eine Projektion möglicher Produktions- und Beschäftigungsentwicklungen in Westdeutschland für den Zeit-

raum 1996 bis 2005 vor. Zu diesem Zweck führt er Simulationsstudien mit einem disaggregierten ökonomischen Modell durch.

Der Beitrag 'Wirtschaftsstruktur, Berufe und Qualifikationen in Österreich' schließlich stammt aus der Feder von Norbert Rainer und Sonja Auracher. Der Artikel beschreibt die Erstellung einer mit der Input-Output-Statistik abgestimmten Wirtschaftszweig- mal Berufs- bzw. Qualifikationsmatrix für Österreich und enthält einige Analysen, die auf diesem Datenmaterial beruhen.

Die Verschiebungen in der österreichischen Beschäftigtenstruktur zwischen 1981 und 1991 waren tatsächlich 'gewaltig' (S.62). Die Gesamtzahl der Erwerbspersonen stieg in diesem Jahrzehnt um acht Prozent. Ausschlaggebend für diesen Zuwachs war die Expansion des Dienstleistungssektors: Während die Erwerbspersonenzahl dort um 25,2% zunahm, verzeichneten der primäre (-26,2%) und der sekundäre Sektor (-6,2%) erhebliche Beschäftigungsrückgänge.

Ein entsprechendes Bild zeigt sich bei den Berufen: Starke Abnahmen bei den Land- und Forstwirtschaftlichen Berufen (-25,8%) sowie bei den Produktionsberufen (-5,0%) steht eine deutliche Expansion bei den Dienstleistungsberufen (19,8%) gegenüber.

Eine Komponentenzerlegung (S. 64) ergibt, daß mehr als die Hälfte des Rückgangs der Produktionsberufe auf den Wirtschaftszweigeffekt zurückzuführen ist und nur etwas mehr als ein Drittel auf den Berufsstruktureffekt. Noch ausgeprägter ist diese Konstellation bei den Dienstleistungsberufen: Deren Expansion war zu 93% auf das Wachstum des tertiären Sektors zurückzuführen.

Auf den Trend zu höherer Qualifikation der Beschäftigten wurde bereits oben unter Punkt 9 hingewiesen. In Österreich sank in den achtziger Jahren der Anteil jener Erwerbspersonen, die

nur eine Pflichtschule abgeschlossen hatten, um 21,7%. Alle höheren Bildungsebenen weisen sehr hohe Zuwächse auf. So stieg der Anteil der Berufstätigen mit Abschluß einer Hochschule oder hochschulähnlichen Ausbildung von 4,8 auf 7,1%. Dieser Zuwachs wurde zu 92,8% vom Dienstleistungssektor absorbiert.

12. Öffentliche Dienstleistungen

Im Sammelband 'Wirtschaft und öffentliches Interesse' wird der Stellenwert der 'Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse' in Österreich und in der EU von prominenten Autoren sowohl aus rechtlicher als auch aus ökonomischer Perspektive beleuchtet.

Norbert Wimmer sucht in seinem Beitrag '„Service Public“ in Österreich' marktwirtschaftsfeste öffentliche Aufgabenbereiche zu bestimmen. Zu letzteren zählen nach österreichischer Verfassungslage zum einen die 'genuinen Staatsaufgaben', wobei es sich im wesentlichen um die Aktionsbereiche im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols handelt: Gesetzgebung, Rechtsprechung, Polizei, Landesverteidigung, Währungshoheit, Finanzverwaltung. Zum anderen wirkt das Sozialstaatsprinzip als rechtliche und faktische Barriere gegen einen Abbau von Staatsaufgaben. Zusammenfassend hält Wimmer fest, daß die staatsprinzipiellen und verfassungsrechtlichen Grundentscheidungen zwar einen Kernbereich von öffentlichen Aufgaben als Nukleus der Staatlichkeit schützen, gleichzeitig aber von diesem Standpunkt aus nicht auszumachen sei, wo die Grenzen der Privatisierung konkret verlaufen. Erforderlich sei eine Neudefinition des 'service public' (S. 41).

Das Europarecht schafft mit dem Art. 90 Abs. 2 EGV die wichtigste Enklave im Herrschaftsbereich des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Demgemäß kann die Anwendung der Wettbewerbs-

regeln bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse unter bestimmten Voraussetzungen ausgesetzt werden.

Gabriel Obermann befaßt sich in dem Beitrag 'Öffentliche Aufgaben in ausgewählten Infrastrukturbereichen' im einzelnen mit diesen 'Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse' unter den Postdiensten, den Telekommunikationsdiensten und im Verkehrswesen. Am Beispiel der österreichischen Post werden die öffentlichen Aufgaben des Postdienstes gemäß geltendem Recht und unter Berücksichtigung auf Zukunftsperspektiven abgeleitet.

Abschließend möchte der Rezensent die Hoffnung äußern, daß die ausgezeichneten Beiträge dieses Bandes die - wie im Geleitwort festgehalten - *notwendige* Diskussion über die Rolle des Staates in konstruktiver Weise beeinflussen werden.

Michael Mesch

Anmerkungen

- (1) Gundlach, Erich, Die Dienstleistungsnachfrage als Determinante des wirtschaftlichen Strukturwandels (Tübingen 1993).
- (2) Zur Bedeutung der Vorleistungsnachfrage für den Strukturwandel in Österreich siehe: Kratena, Kurt, Die Tertiärisierung von Inputstruktur, Produktion und Beschäftigung. Eine Input-Output-Analyse für Österreich 1976-94, in: Mesch, Michael (Hrsg.), Neue Arbeitsplätze in Österreich. Die Beschäftigungsentwicklung im österreichischen Dienstleistungssektor (Wien 1998).
- (3) Für Österreich finden Lassnigg, Lorenz; Prenner, Peter, Analyse der Verschiebungen in der österreichischen Beschäftigungsstruktur 1971-91, in: Mesch (1998), ebenfalls keine Belege für die Externalisierungshypothese.
- (4) Quelle siehe Anmerkung 3.
- (5) Commission of the European Communities, Green Paper: Living and Working in the Information Society: People First (=COM (96) 389, Brüssel 1996).